



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/166

12. November 1949

## "Von Mensch zu Mensch"

S.N. Besonders von alliierter Seite werden immer wieder Versuche unternommen, die deutschen Unternehmerverbände und Gewerkschaftsorganisationen zusammenzuführen. Hierbei geht man anscheinend von der etwas naiven Vorstellung aus, dass sich die sozialen Spannungen leicht oder leichter überwinden lassen, wenn man erst einmal "ins Gespräch" gekommen ist.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. h. c. Hans Böckler, hat vor Monaten, als ihm die Generale Clay und Robertson eine diesbezügliche Anregung gaben, sehr betont auf die schlechten Erfahrungen der Arbeitnehmerschaft in der Weimarer Republik hingewiesen. Auch vor 1933 erstrebten die Gewerkschaften, über den Rahmen von Lohn- und Tarifverträgen hinaus, auf die Wirtschaftsführung einen massgeblichen Einfluss zu nehmen. Damals war es Brauch, dass bei allen Verhandlungen mit den Gewerkschaften nur der sogenannte sozialpolitische Sektor der Unternehmerverbände hervortrat und dabei stets erklärte, es gehöre nicht zu seinem Zuständigkeitsbereich, über wirtschaftspolitische Probleme zu entscheiden. So scheiterten an dem Widerstand der Unternehmerverbände alle gewerkschaftlichen Bemühungen.

Die Gewerkschaftsführung hat auch heute keinerlei Veranlassung, irgend welchen Gesprächen mit den Unternehmern auszuweichen. Sie verfügt über einen ausgezeichnet geschulten Stab von Wirtschafts-Sachverständigen, der sehr wohl in der Lage ist, die Sache der Gewerkschaften auch den erfahreinsten Unternehmer-Syndici gegenüber zu vertreten; diejenigen, die ihm angehören, stellen sich jedem Gesprächspartner.

So haben auch kürzlich in Essen auf Initiative der britischen Kontrollbehörde Besprechungen zwischen Unternehmern und Gewerk-

schaftern stattgefunden. Die Gewerkschaftsvorleiter haben auch bei dieser Gelegenheit keinen Zweifel gelassen, dass die Fortsetzung solcher Gespräche nur dann einen Sinn habe, wenn die Unternehmer ernsthaft bereit seien, über alle Fragen, die im Vordergrund der gewerkschaftlichen Bemühungen stehen, verbindlich zu verhandeln.

Neuerdings fand auch im Rahmen einer Tagung der Evangelischen Akademie in Hermensburg - "in der stillen, herbstlichen Heide" - unter dem Vorsitz des Landesbischofs Lilje eine Aussprache zwischen führenden deutschen Unternehmern und Gewerkschaftern statt. In den Kommentaren der evangelischen Presse heisst es zu diesem Gespräch, man habe sich nicht als Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern "von Mensch zu Mensch" gegenübergestellt. Angeblich habe man die überraschende Tatsache festgestellt, dass die Ansichten der Unternehmer und der Arbeiter nicht mehr so weit voneinander entfernt seien, wie es den Anschein habe. Auch die Frage der Sozialisierung stehe nicht mehr so im Vordergrund, obwohl sie gefordert werde.

Natürlich ist es begrüssenswert, dass die Gewerkschaften jede Gelegenheit wahrnehmen und jedes Forum ausnutzen, wo sie ihre Ansichten darlegen können. Man soll sich aber nicht der unbegründeten Hoffnung hingeben, dass solche Gespräche die Herren Unternehmer auch nur im geringsten veranlassen, vom Wort zur Tat überzugehen. Es wäre eine Probe auf's Exempel, wenn jetzt die Gewerkschaften die auf jener Tagung anwesenden Unternehmer beim Wort nehmen würden. Denn auch ohne bundesgesetzliche Regelung besteht durchaus die Möglichkeit, z.B. im Rahmen von verbindlichen Betriebsvereinbarungen, die angeblich auch von den anwesenden Unternehmern anerkannte "Mitbestimmung" schon heute und sofort zur Tat werden zu lassen.

\*\*\*\*\*

Berichtigung. In dem einleitenden Aufsatz unseres Dienstes vom 11. November muss es in der achten Zeile von unten selbstverständlich "Bundest a g s präsident" heissen, wie sich aus dem Zusammenhang auch klar ergibt. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen. D.Red.

\*\*\*\*\*

### Um den Taft-Hartley - Akt

Von Gerhart H. Sager, New York

Obwohl der 81. Kongress der Vereinigten Staaten mit einer Tagungsdauer von nahezu 41 Wochen in der ersten Hälfte seiner Session

die längste parlamentarische Sitzungsperiode in der Geschichte abgehalten hat, ist er doch nicht dazu gekommen, die vom Präsidenten

Truman in seinem erfolgreichen Wahlkampf vom vorigen Winter propagierte Revision des Taft-Hartley-Aktes vorzunehmen. Nach wie vor bestehen

die Gewerkschaften, zumindest in ihren öffentlichen Erklärungen, auf dieser Revision, und wenn der Präsident mit der verfassungsgemässigen

am Beginn jedes Jahres zu erstattenden Botschaft über die Lage des Landes die zweite Hälfte der Session des Kongresses einleiten wird,

so ist gewiss, dass er die Forderung auf Revision dieses Gesetzes aufs neue erheben wird. Ob mit mehr Erfolg, steht dahin.

Inzwischen hat sich die Lage etwas geändert. Als der Taft-Hartley-Akt Gesetz wurde, hatte sich eine Anzahl von Gewerkschaften ge-

weigert, die im Gesetz vorgesehenen eidesstattlichen Versicherungen ihrer Funktionäre abzugeben, dass sie keine Kommunisten seien. Aber

der Kampf gegen die Kommunisten hat sich so verschärft, dass die Abgabe dieser Erklärungen nicht nur erfolgt ist, sondern sie wurde

sozusagen zu einem Vergnügen. Eben erst hat der Kongress der Industrieverbände, "CIO", der zweitgrösste Spitzenverband der USA-

Gewerkschaften, eine seiner zahlenmässig bedeutendsten Gewerkschaften, den Verband der Elektrizitätsarbeiter mit 450.000 Mitgliedern, aus-

geschlossen, weil die Führung in den Händen von kommunistischen Mitläufern liegt, die sich geweigert haben, die kommunistische Partei-

linie fallen zu lassen und sich der Politik des Gesamtverbandes zu fügen. Die in diesem Schritt ausgedrückte Tendenz lässt die Opposition

gegen die Anti-Kommunistenklausel des Gesetzes heute gegenstandslos erscheinen.

Zum anderen: Das Gesetz verbietet es den Gewerkschaften, direkt in den politischen Kampf einzugreifen und, zum Beispiel, direkte

finanzielle Unterstützung an einen Kandidaten oder seine Partei zu leisten. Allerdings unterliegt diese Bestimmung gegenwärtig noch der

gerichtlichen Nachprüfung auf ihre Verfassungsmässigkeit. Der Vorsitzende des "CIO" und gleichzeitig des Stahlarbeiterverbandes,

Phillip Murray, hat einen Probestfall hereaufbeschworen, indem er in einen Wahlkampf anlässlich einer Nachwahl in der Stadt Baltimore

(Maryland) eingriff, worauf der Staatsanwalt Anklage erhob. Der Prozess schwebt noch. Inzwischen haben sich aber die beiden politischen

Hilfsorganisationen der Spitzenverbände, die in Umgehung des Gesetzes geschaffen wurden, das politische Aktionskomitee des "CIO" und die

Liga für politische Aufklärung der "AFofL", so gut eingespielt, dass die Gewerkschaften damit sehr zufrieden sind und auch auf diesem Ge-

biete der Widerstand gegen den Taft-Hartley-Akt etwas nachgelassen hat.

Die weitere Bestimmung gegen den gewerkschaftlich geschlossenen Betrieb, d.h. gegen Tarifverträge, die die Einstellung von Arbeitern

von ihrer Zugehörigkeit zu den entsprechenden Gewerkschaften abhängig machen, ist allerdings nach wie vor den Gewerkschaften ein Dorn im

Auge, vor allem wegen der durchaus undemokratischen Wahlbestimmung. Der Taft-Hartley-Akt lässt den gewerkschaftlich geschlossenen Betrieb

dann zu, wenn die Mehrheit der Arbeiter des Betriebes so beschliesst: aber nicht, wie es sein sollte, die Mehrheit derer, die sich an der

Abstimmung beteiligen, sondern die Mehrheit der Abstimmungsberechtigten, unbekümmert um die Beteiligung. Diese Bestimmung macht die

Indifferenten, die der Abstimmung fern bleiben, zum entscheidenden Faktor. Die Beseitigung dieser undemokratischen Klausel wird nach wie

vor entscheidend gefordert.

Der sogenannte Wagner-Akt, das Gesetz aus der ersten Amtsperiode des Präsidenten Roosevelt, das die Gewerkschaften als gleichberech-

tigte Tarifvertragspartner anerkannte und die Pflicht der Unternehmer festlegte, sich zu Tarifvertragsverhandlungen bereit zu halten, wurde

im Taft-Hartley-Akt dahin ergänzt, dass die gleiche Verpflichtung für die Gewerkschaften ausgesprochen wurde. Das mag dem europäischen Beob-

achter als selbstverständlich erscheinen, aber angesichts der Entwicklung in den USA ist diese Bestimmung als eine Attacke auf die Gewerk-

schaften anzusehen. Nach den jüngsten Vorgängen im Stahlarbeiterstreik, bei dem die Stahlarbeiter durch das Nachgeben der zweitgrößten Stahl-

firma, der "Bethlehem Steel", die vordem geschlossene Unternehmerfront zu durchbrechen vermochten, hat sich gezeigt, dass die Gewerkschaften

unter Umständen im Fernbleiben von den vorgesehenen Tarifvertragsverhandlungen während eines Streiks eine wirkungsvolle Waffe haben.

Daher sind sie an der erwähnten Bestimmung des Gesetzes nicht nur nicht interessiert, sondern sie möchten den Zustand nach dem Inkrafttreten

des Wagner-Aktes wiederhergestellt sehen, wonach die Unternehmer verhandeln müssen, wenn die Gewerkschaften dazu bereit sind.

Schliesslich besteht die Gefahr, dass eine Revision des Taft-Hartley-Aktes eher eine Verschlimmerung als eine Verbesserung bringen

kann. Da das Justizdepartement immer weiter grosse Konzerne wegen Verletzung des Sherman-Anti-Trust - Aktes unter Anklage stellt (und

es hat eine Reihe von Verurteilungen zu hohen Geldstrafen und zur Auflösung von Konzernverbindungen erzielt), so ist eine Bewegung im

Wachsen, die die Anwendung des Anti-Trustgesetzes auf die grösseren, für ihren Industriezweig monopolartigen Gewerkschaften propagiert.

So etwas kann im Kongress leicht an Boden gewinnen, und eine Gewerkschaft wie der Stahlarbeiterverband, die viel mehr nach einem für die

gesamte Industrie gültigen Tarifvertrag strebt, als nach Einzelverträgen mit Einzelbetrieben, kann leicht in die Gefahr geraten, dass

sie auf ihrem Gebiete als ein Monopol angesehen und auf Grund des Sherman-Aktes unter Anklage gestellt wird. Sollte sich das juristisch

als ungangbar herausstellen, so ist um so eher anzunehmen, dass bei einer Revision des Taft-Hartley-Aktes eine überparteiliche Überre-

schungsmehrheit entsprechende Bestimmungen in das Gesetz einfügt. Deshalb ist es nicht übertrieben, zu sagen, dass viele führende

Gewerkschaftler der Revision dieses Gesetzes mit etwas gemischten Gefühlen entgegensehen und nicht mehr so darauf versessen sind. Man

weiss, was man hat, aber nicht, was man bekommt!

\*\*\*\*\*

Gemeint ist Dr. Eberhard

sp. Ein nach Form und Inhalt ungewöhnlich heftiger Vorstoss des amerikanischen Kontrolloffiziers am Sender Stuttgart, Mr. Hans Lynd,

hat in der deutschen Öffentlichkeit Aufsehen erregt. Der Kern war das Verlangen an den Intendanten des süddeutschen Rundfunks, Dr. Fritz

Eberhard, "ab heute (der Brief stammt von 4. November) keine weiteren Sendungen über die Saar und das Thema der deutsch-französischen Ver-

ständigung zu bringen und die Mitarbeit von Dr. Gustav Strohm bei Radio Stuttgart - wieder! "ab heute" - einzustellen. Die Begründung

war wenig überzeugend und schloss mit diffamierenden Bemerkungen gegen Dr. Strohm, von dem wir wissen, dass er einer der besten Kenner der

Saarmaterie und von dem wir vermuten, dass er deshalb besonders un-  
bequem ist.

In einer Pressebesprechung, zu der etwa zehn der insgesamt 29

Mitglieder des Rundfunkrates, nicht aber der Vorsitzende und auch nicht der Vorsitzende des Verwaltungsrates, eingeladen waren, hatte

Mr. Lynd durchblicken lassen, die amerikanischen Besatzungsbehörden würden vor weitreichenden Konsequenzen nicht zurückschrecken und

den Sender evtl. wieder in eigene Regie übernehmen. Wie wir erfahren, legen bis dahin weder von der französischen Regierung, noch

von der französischen Besatzungsmacht gegen die Saar- und Frankreich-Sendungen von Radio Stuttgart bei dem Intendanten und dem Chefredakteur Beschwerden vor.

Die Angelegenheit hat nach unseren Informationen aber auch einen anderen Hintergrund: Das eigentliche Ziel des Angriffs ist

- so unbeliebt Dr. Strohm sein mag - der Intendant selbst, Dr. Fritz Eberhard, und offenbar beabsichtigt man auf amerikanischer Seite,

zunächst durch die Kaltstellung bewährter Mitarbeiter zu unterminieren. Dr. Eberhard war bereits 1946 bei Radio Stuttgart tätig, April

1946 wurde er nach Meinungsverschiedenheiten mit der Leitung des damals noch amerikanischen Senders Stuttgart entlassen. Eberhard

war Abgeordneter der SPD im Landtag Württemberg und Baden, Staatssekretär, Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen und schliesslich

Herausgeber der "Stuttgarter Rundschau".

Am 25. August ds. Jrs. wurde er vom Rundfunkrat zum Intendanten gewählt. Demals war man im Büro der amerikanischen Militärregierung

von dieser Wahl nach dem, was vor drei Jahren vorgefallen war, sehr peinlich berührt. Immerhin erklärte der damalige Kontrolloffizier,

der Amerikaner Fred G. Taylor, jetzt Leiter von Rias Berlin, vor leitenden Mitarbeitern des Senders, dass gegen Dr. Eberhard zunächst

gewisse Bedenken bestanden hätten, dass diese aber in einer freundschaftlichen Unterredung zwischen ihm und Eberhard hätten beseitigt

werden können. Unter Mr. Lynd scheinen nun die früheren Antipathien wieder aufgelebt zu sein. Es wird interessant sein, zu beobachten,

wie man die Aktion fortsetzen wird.

(m/1/1211/hs)

\*\*\*\*\*

### 300 Millionen D-Mark

sp. Im März 1950, am Ende des Rechnungsjahres, wird der Bundesfinanzminister , wie heute schon feststeht, einer "roten Zahl" vor

von rund 500 Mill. D-Mark stehen; entstanden hauptsächlich durch die Lebensmittelsubventionen (etwa 350 Mill. D-Mark) und die Zuwen-

dungen für Berlin. Obwohl der Bund nach dem Frankfurter Haushaltsplan ermächtigt war, einen Kredit von 500 Mill. D-Mark aufzunehmen,

weigert er sich, für dieses Defizit einzustehen und will diese Last auf die Länder abwälzen. Unter anderem war vorgeschlagen, die Getränkesteuer, über die der Bund erst ab 1950 verfügen soll, schon jetzt der Bundeskasse abzuführen. Die Länderminister haben sich bisher geweigert, für dieses Defizit einzustehen.

Daraus ergibt sich die Frage nach dem Verbleib des ersten Kredites von 500 Mill. D-Mark. Dieser Betrag erhöht sich noch um einen beträchtlichen Teil der Beiträge, die nach dem sogenannten Lastenausgleich (Finanzausgleich zwischen den finanzschwachen und finanzstarken Ländern vom Mai 1949) vom Bund übernommen wurden und an die finanzschwachen Länder abgeführt werden sollen, aber nicht wurden. Als

nun die SPD beantragte, 120 Mill. D-Mark für die Hausratshilfe noch vor Weihnachten bereitzustellen, wurde erklärt, dass kein Geld vor-

handen sei. Über die bisherige Verwendung der Mittel ist nur bekannt, dass 175 Mill. als Ersatz für die ausgebliebene Zahlung der Bundes-

ohn verwendet wurden. An die Industrie wurde ein Kredit von 50 Mill., an die Zentralgenossenschaftskasse ein solcher von 10 Mill. D-Mark

gewährt, obwohl für beide Kredite keine gesetzliche Ermächtigung vorliegt. Somit ist der Verbleib von mindestens 300 Mill. D-Mark zur

Zeit noch ungeklärt. Der Verwaltungsaufbau in Bonn, die Ausstattung der von der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Verfügung

gestellten Gebäude und verschiedene andere Startausgaben sind selbstverständlich unvermeidlich; ob sie in dieser Höhe notwendig

waren, kann erst nach Rechnungslegung beurteilt werden. Man hört heute schon, dass in einigen Bonner Institutionen Schmalhans keines-

wegs in dem Masse Küchenmeister ist, wie es den deutschen Verhältnissen entsprechen würde.

(m/2/1211/as)

\*\*\*\*\*

#### Zweckkapitulation der F.D.J.

Nach der Satzung des Bundesjugendringes können nur Jugendverbände dem Ring angehören, die innerhalb des Bundesgebietes ihren Sitz haben und das Grundgesetz anerkennen. Danach könnte z.B. die F.D.J. dem Bundesjugendring nicht angeschlossen sein. Die Absicht der Landesjugendringe, ihre Satzungen dem Bundesjugendring anzupassen, hat die F.D.J. veranlasst, zu erklären, dass auch sie bereit sei, die Bedingung des Bundesjugendringes anzuerkennen.

12.11.1949

Die folgende Meldung ist am 12.11.1949, 20<sup>45</sup> Uhr  
für die Presse frei:

Labour Party für Einstellung der Demontage

sp. - Der Vorstand der Labour Party hat an den Parteivorstand der S.P.D. folgendes Telegramm gerichtet:

"Auf der letzten Sitzung des Vorstandes der Labour Party wurde das Demontagememorandum der S.P.D. erörtert. Der Vorstand stimmte

überein, dass er das Ende der Demontagen in Deutschland begrüßen würde, sobald sich die alliierten Regierungen mit den Massnahmen zufriedengeben würden, die vorgenommen werden müssen, um ihre Sicherheit zu garantieren einschliesslich der Anerkennung der Sicherheits- und der

Ruhrbehörde durch die deutsche Regierung. Es wurde ausserdem beschlossen, dass Mr. Sam Watson, der Vorsitzende der Labour Party und Morgan Phillip, der Generalsekretär, bald Frankreich und Deutschland besuchen sollen, um mit den französischen und den deutschen Sozialisten eine Reihe von Problemen von gemeinsamem Interesse einschliesslich des Demontageproblems zu diskutieren. Brief folgt.

Morgan Phillip."

Diskussionen um Arbeitsdienst

sp. In der letzten Zeit häufen sich Nachrichten über Bestrebungen kirchlich gebundener Kreise, eine Art Arbeitsdienst für die Jugend einzuführen. So hat kürzlich die Junge Union, die Jugendorganisation der CSU die Einrichtung eines Land- und Hauswirtschaftsjahres und von Arbeitsdienst gefordert und in Verden an der Aller haben sich die evangelischen Bezirks-Jugendpfarrer Niedersachsens für einen freiwilligen Arbeitsdienst eingesetzt.

Man müsste erst genauere Einzelheiten über diese Absichten abwarten, um dazu Stellung nehmen zu können. Es hiesse, die Augen vor den Tatsachen verschliessen, wollte man verkennen, dass es ein deutsches Jugendproblem gibt, das durch die Nachkriegsverhältnisse im allgemeinen, durch die Ost-Westwanderung im besonderen gekennzeichnet ist.

Der Gedanke des Arbeitsdienstes ist durch den Nationalsozialismus so diskreditiert, dass die meisten Erörterungen bisher an diesem Moment gescheitert sind. Innerhalb der Sozialdemokratie sind die Ansichten geteilt; während die sozialistische Jugendbewegung prinzipiell jeden Arbeitsdienst ablehnt, gibt es andere Kreise, die im Rahmen einer Jugendbetreuung einem durch Gesetz gegen Missbrauch gesicherten freiwilligen Arbeitsdienst das Wort sprechen.

Verantwortlich: Peter Raunau